

Stephan Krull/Mohssen Massarrat/
Margareta Steinrücke (Hrsg.)

Schritte aus der Krise



Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, Grundeinkommen: Drei Projekte, die zusammengehören

Stephan Krull/Mohssen Massarrat/Margareta Steinrücke (Hrsg.)
Schritte aus der Krise

Klaus Dräger, Mitarbeiter der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament.

Peter Grottian, Professor im Ruhestand für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Sabine Gruber, Kulturwissenschaftlerin, Wien.

Stephan Krull, ehemaliger Betriebsrat VW Wolfsburg, Mitglied im Attac Rat.

Mohssen Massarrat, Professor im Ruhestand für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück; Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Klaus Pickshaus, Leiter des Bereichs Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung beim Vorstand der IG Metall.

Eckart Spoo, Journalist, Herausgeber von »Ossietzky«.

Margareta Steinrücke, Referentin für Frauenforschung an der Arbeitnehmerkammer Bremen mit den Schwerpunkten Geschlechterforschung und Soziale Ungleichheiten.

Stephan Krull/Mohssen Massarrat/
Margareta Steinrücke (Hrsg.)

Schritte aus der Krise

Arbeitszeitverkürzung,
Mindestlohn,
Grundeinkommen:
Drei Projekte, die zusammengehören

Reader der Attac AG ArbeitFairTeilen

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.attac-netzwerk.de/ag-ArbeitFairTeilen

Kontakt: Attac AG ArbeitFairTeilen
c/o Stephan Krull
Tel.: 0511/760 54 32
E-Mail: stephan@krullonline.de

Lektorat der Erstfassung des Readers: Dr. Angelika Saupe, Bremen

© VSA: Verlag 2009, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-393-9

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Stephan Krull

Einleitung: 30 Stunden arbeiten statt 40 Stunden arbeitslos!	8
---	----------

TEIL 1

Attac-AG ArbeitFairTeilen

ArbeitFairTeilen. Mindestlohn. Grundeinkommen: Eine Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde! Drei Forderungen und drei Bewegungen, die zusammengehören	12
Ein Verständigungs- und Orientierungspapier	

Mohssen Massarrat

Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde	21
Schlüsselrolle: Vollbeschäftigung neuen Typs	

Sabine Gruber

ArbeitFairTeilen – eine Einführung	27
---	-----------

Stephan Krull

Der Kampf um die Zeit: für einen neuen Anlauf zur Arbeitszeitverkürzung	43
--	-----------

Margareta Steinrücke

Arbeitszeitverkürzung aus geschlechterpolitischer Perspektive	54
--	-----------

Klaus Dräger

Die Demonstrationen haben genutzt!	65
Die Nicht-Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie	

TEIL 2

Mohssen Massarrat

Reiche aller Länder, bereichert Euch! 76

Warum es falsch ist, die Finanzkrise isoliert zu sehen

Klaus Pickshaus

**Arbeitszeitverkürzung –
nur eine Erinnerung aus der Vergangenheit?** 81

Wir brauchen eine gesetzliche Höchstarbeitszeit

Peter Grottian u.a.

Ein Programm für wahrhaft Bedürftige! 86

Eckart Spoo

Gewerkschafter, handelt! 88

Mohssen Massarrat

30-Stunden-Woche: Das Gebot der Stunde 91

**Für ein Gesetz, das Arbeitsplätze schafft
durch Umverteilung von Arbeit** 94

Unterschriftensammlung der Attac AG ArbeitFairTeilen

Vorwort

Die Attac AG ArbeitFairTeilen stellte die vorliegenden Beiträge als Materialsammlung zur Vorbereitung ihres Forums auf dem Attac-Kongress »Kapitalismus am Ende?« am 7. März 2009 in Berlin zusammen. Der Anklang, den dieses Forum fand, und die Nachfrage nach dem Reader, haben uns bewogen, eine Neuauflage des Materials zu erstellen.

Dazu haben wir die Textsammlung neu sortiert, überarbeitet und geringfügig ergänzt: Im ersten Teil präsentieren wir die Grundlagentexte, die für unser Ziel, eine »Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde« zwischen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und anderen Akteuren zu stiften, fundierte Argumente liefern. Diese erläutern und verbinden Forderungen wie Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Strategien der Arbeitsumverteilung, Grundeinkommen und geschlechtergerechte Arbeitsverhältnisse zu einem Gesamtkonzept.

Im zweiten Teil sind Kurzbeiträge versammelt, die auf dem Kongress im März präsentiert wurden. Den Abschluss bildet unser Aufruf mit Unterschriftenkampagne »Arbeitsplätze schaffen durch Umverteilung von Arbeit«, deren Ergebnisse im Oktober 2009 publiziert werden.

Eine wichtige Anmerkung zur Aktualisierung: In einigen der Beiträge wird die geplante Novellierung der EU-Arbeitszeitrichtlinie als ein konkretes Verfahren, gegen das sich unser Widerstand richten sollte, erwähnt. Am 28. April 2009 ist die kritisierte geplante Neufassung der EU-Arbeitszeitrichtlinie tatsächlich gescheitert. Das Vermittlungsverfahren zur Revision der Richtlinie endete ohne Einigung zwischen Europäischem Rat und Europäischem Parlament. Damit gilt weiterhin die bisherige Richtlinie. Dies ist als ein gewisser Erfolg für die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu bewerten, da u.a. der Druck in Richtung auf (tariflich) zu verlängernde und zu flexibilisierende Arbeitszeiten verhindert wurde. Dennoch ist die weiter bestehende Richtlinie nicht unproblematisch, da sie z.B. die umstrittene Regelung zu so genannten Opt-Out-Verträgen enthält. Diesen muss auf nationaler Ebene durch die Gewerkschaften und andere Akteure weiter entgegengewirkt werden. Insgesamt wollen wir an einer alternativen Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie auf Basis der hier vorliegenden Grundsatzmaterialien weiter mitarbeiten.

Wir hoffen auf eine breite Resonanz zu unseren Beiträgen.

Die HerausgeberInnen

Stephan Krull

Einleitung: 30 Stunden arbeiten statt 40 Stunden arbeitslos!

Hunderttausende müssen in der Krise kurzarbeiten und werden arbeitslos. Beides wird von der Arbeitslosenversicherung, also von uns, bezahlt. Gleichzeitig erleben wir, dass die mühsam erkämpfte 35-Stunden-Woche löchrig wird wie ein Schweizer Käse durch Verlängerung täglicher und wöchentlicher Arbeitszeiten sowie der Lebensarbeitszeit. Immer mehr Menschen verzweifeln an zuviel Arbeit; viele andere verzweifeln daran, keine (Erwerbs-)Arbeit zu haben, »überflüssig« zu sein.

Unternehmen bezahlen für Arbeit oft gar kein Entgelt, zumindest nicht ausreichend. Von 1-Euro-Jobs, von Löhnen zwischen drei und acht Euro kann niemand angemessen leben. Und: durch mehr und längere Arbeitstage versuchen viele, soviel Geld zu bekommen, dass wir unseren Lebensstandard halbwegs halten können. Die Unternehmer freuts. Ursache ist die Massenarbeitslosigkeit. Die Regierenden nutzen die Globalisierung, die Menschen aller Länder gegeneinander in Konkurrenz zu setzen, Produktion wandert um den Globus dorthin, wo die Profite am höchsten sind; Gewerkschaften wurden systematisch geschwächt, Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert. Viele leben im »abgehängten Prekariat«, alle haben Angst davor. Denen da oben gelang es, die Qualität der Arbeit völlig hinter »Arbeit an sich« zurückzustellen, wie das mit der Umwidmung des Begriffes »sozial« passiert: Sozial sei, was Arbeit schafft.

Es gibt einen Trend zu ungesunden Arbeitszeiten. Millionen Menschen mehr arbeiten in Schicht, zu Nachtzeiten oder an Sonntagen. Mehr als ein Drittel arbeitet zu ungünstigen Zeiten und in ungesunden Rhythmen.

Um Arbeitszeit wird seit vielen Jahrzehnten hart gerungen; gegen Kinderarbeit, für den Zehn-Stunden-Tag, den Acht-Stunden-Tag bis zur Durchsetzung 1918, dem arbeitsfreien Sonntag. Nach 1945 standen die 40 Stunden und Fünf-Tage-Woche an und ab den 1980er Jahren die 35-Stunden-Woche. Aber weder die Fünf-Tage- noch die 40-Stunden-Woche wurden Gesetz. Der Arbeitszeitverkürzung ist zu verdanken, dass es trotz technischer Entwicklung und Produktivitätssteigerungen in vielen Jahren nahezu Vollbeschäftigung gab. Die 30-Stunden-Woche bei

VW und der Tarifvertrag zur Beschäftigungsförderung in der niedersächsischen Metallindustrie sicherten viele Arbeitsplätze, fanden aber wenig Nachahmung.

Die Wirtschaftskrise, die Nahrungs-, Energie- und Klimakrise machen deutlich, dass es so nicht weiter geht. Statt z.B. Automobilhersteller mit Milliarden für alte Technologien zu fördern, muss Geld in neue Mobilität, in den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs gesteckt werden. Die Zeit des Umbruchs muss genutzt werden, neue Konzepte, neue Produkte und neue Qualifikationen zu fördern.

Lohnausgleich und Zeitwohlstand

Um die Arbeitszeitdebatte voranzubringen, haben WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen einen Vorschlag gemacht: »Wir plädieren für Arbeitszeitverkürzung mit sozial gestaffeltem Einkommensausgleich. Für obere Einkommensgruppen ... scheint der Tausch von Geld gegen freie Zeit in der Regel ohne Lohnausgleich vertretbar. Denn in oberen Einkommensgruppen ist gutes Leben mit mehr Zeitwohlstand auf der Basis des Verdienstes von kürzeren Arbeitszeiten möglich. Für weniger Verdienende ... sind finanzielle Ausgleiche zu schaffen. Wir schlagen vor, den Lohnausgleich dadurch zu finanzieren, dass die durch die Verringerung von Arbeitslosigkeit frei werdenden Mittel für Ausgleichszahlungen an Bezieher unterer und mittlerer Einkommen eingesetzt werden«.

Zu einem Teil würden wir so den Lohnausgleich durch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung finanzieren – die oberen Einkommen mehr, die unteren weniger; die Arbeitgeber wären ebenfalls beteiligt, wie bei Kurzarbeit und Altersteilzeit. An diesem Finanzierungsvorschlag gibt es Kritik, weil natürlich Lohnausgleich aus den Profiten möglich ist, aber das durchzusetzen, müssen Gewerkschaften wieder stärker werden. Gegenwärtig erleben wir, dass in Betrieben Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich durchgeboxt wird.

Nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung – die 30-Stunden-Woche wäre ein guter erster Schritt – hilft, das Problembündel zu lösen, das nicht nur in der Arbeitslosigkeit besteht, sondern auch in ungerechter internationaler Arbeitsteilung, dem Ungleichgewicht der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und Generationen. Gute Arbeit ist kürzere Arbeit und eine gerechte Verteilung von Arbeit und arbeitsfreier Zeit.

Die nächsten Schritte: Die Arbeitszeit gewinnt für alle an Bedeutung. Sozialbewegungen, Kirchen, Frauenbewegung und andere streben das gleiche Ziel an. Deshalb ist es sinnvoll, dazugehörige Themen

gemeinsam zu diskutieren: Geschlechtergerechtigkeit, Anspruch auf ein Leben in Würde, demografische Entwicklung und Gesundheit. Arbeitszeitverkürzung erfordert zudem einen Mindestlohn als Schutz vor Lohnsenkung und eine armutsfeste Grundsicherung. Arbeitszeitverlängerungen müssen entschlossen zurückgewiesen werden.

Vom Parlament verlangen wir ein Gesetz, um freiwillige Arbeitszeitverkürzung zu ermöglichen. Eine »kurze Vollzeit« von 30 Stunden pro Woche entspricht den Wünschen vieler Menschen. Dies beinhaltet die Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit für die, die heute (zu) lange arbeiten und die Verlängerung der Arbeitszeit derjenigen, die in Mini-Jobs oder Teilzeitarbeit nicht existenzsichernd arbeiten. Wir brauchen gute Tarifverträge und gute gesetzliche Regelungen.

Das darauffolgende Ziel sollte die Vier-Tage-Arbeitswoche sein, um den Freizeiteffekt spürbar zu machen, Fahrten zur Arbeit zu reduzieren und die Vereinbarkeit von Lohnarbeit und Familie/Beziehungsarbeit zu verbessern.

Das Arbeitsvolumen wird weiter sinken. Der Traum der Menschen, für ein gutes Leben weniger hart arbeiten zu müssen, wird wahr; wir schonen die Umwelt und gewinnen mehr Zeit zum Leben, Lernen, Lieben und Lachen!

TEIL 1

Attac-AG ArbeitFairTeilen

ArbeitFairTeilen. Mindestlohn.

Grundeinkommen: Eine Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde!

Drei Forderungen und drei Bewegungen, die zusammengehören

Ein Verständigungs- und Orientierungspapier

Der neoliberale Kapitalismus zeigt jetzt sein wahres Gesicht. Die Finanzkrise hat sich zur Weltwirtschaftskrise entwickelt: Schrumpfung des Sozialprodukts, sinkende Nachfrage, Abbau von Überkapazitäten und Vernichtung von Arbeitsplätzen weltweit – allein in Deutschland wohl über 700.000 – zunehmende Angst der Menschen auch bei »sicheren« Jobs, wachsende Armut und Unsicherheit. Das ist das Ergebnis von drei Jahrzehnten »neoliberaler« Politik in weiten Teilen der Welt.

Jetzt kommt es darauf an zu handeln.

Wir plädieren für ein politisches Projekt, in dem Gewerkschaften, Sozialprotest-Initiativen, linke Strömungen in den Parteien, Kirchen und Attac motiviert werden zusammenzukommen und an einem Strang zu ziehen. In dem Projekt werden ArbeitFairTeilen, Mindestlohn und Grundeinkommen zusammengeführt. So kann die zentrale Auseinandersetzung über soziale Gerechtigkeit mit Aktionen gegen die neoliberale Politik praktisch wirksam werden. Wir können und wollen nicht den Skandal hinnehmen, dass in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, neun Millionen Menschen (Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Leiharbeiter, Aufstocker, Niedriglöhner, Wohnungslose, Migranten) in Armut bleiben und dass viele Millionen Menschen mit der Angst leben, arbeitslos zu werden. Die andauernden Wirkungen der Sozialproteste ermutigen uns. Attac kann und sollte diesen Projektansatz in Gang setzen.

Erinnern wir uns, was die neoliberalen Ideologen mit dem Versprechen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosen in Lohn und Brot zu bringen, gnadenlos durchgeboxt haben: Der Arbeitsmarkt wurde flexibilisiert und der Kündigungsschutz gelockert. Arbeitslose müssen jede Arbeit an jedem Ort und zu fast jedem Lohn akzeptieren. Das Er-

gebnis: ein Niedriglohnsektor mit über acht Millionen Beschäftigten und Löhnen, die zum Leben nicht ausreichen; über 700.000 Leiharbeiter, die vielfacher Diskriminierung ausgesetzt sind. Sie müssen Jobs mit geringstem Lohn und oft zu unmoralischen, unsozialen und unzumutbaren Bedingungen annehmen. Es ist eine Schande, die Menschen zum Arbeiten unter Sklavenarbeit ähnlichen Bedingungen zu zwingen.

Die neoliberalen Ideologen haben mit ihrer diffamierenden Unterstellung, »Arbeitslose seien selbst schuld«, die unwürdigen Hartz IV-Regeln durchgesetzt. Sie haben Millionen Menschen dem Schnüffelterror der Bürokratie, Umzugszwang und anderen Schikanen ausgesetzt. Die Betroffenen wurden zu Menschen dritter Klasse degradiert und die Mehrheit von ihnen in Armut getrieben. Mit der perfiden Behauptung, Staatsverschuldung sei die größte Ungerechtigkeit, wurden die Sozialsysteme geplündert; gleichzeitig bekamen die Reichen Milliarden Steuergeschenke.

Daraus sind aber weder Arbeitsplätze noch Wirtschaftswachstum entstanden; stattdessen überschüssiges Kapital, das die großen Multis nicht reinvestieren, sondern das sie auf der Jagd nach immer mehr Kapital in die Finanzspekulation schleusen. Unter dem Vorwand der Entbürokratisierung wurden öffentliche Güter wie Post, Gesundheitsversorgung, kommunale Energie- und Wasserversorgung, kommunalen Wohnraum und selbst die Bahn teil-privatisiert. Den vagabundierenden Kapitalmassen wurden zu Lasten der Nutzer öffentlicher Güter profitable Anlagesphären geschaffen. Die Privatisierung vieler öffentlicher Bereiche untergräbt auch die Grundlagen der Demokratie.

Wir stellen fest: Die Bilanz neoliberaler Politik ist eine Katastrophe für die Menschheit. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Arbeitszeit wurde verlängert, das Lohnniveau gesenkt, die Gewerkschaften geschwächt und zu Zugeständnissen getrieben, Sozialsysteme wurden abgebaut, Millionen Menschen ihrer Würde beraubt. Großkonzernen und Banken wurde es bequem gemacht, ihre Profite risikolos zu steigern. Der Neoliberalismus ist die Ursache dafür, dass Unsicherheit und Perspektivlosigkeit um sich greifen, dass Konkurrenz, Aggressivität und Instabilität neue Höhepunkte erreichen. Diese Politik ist wahrlich ein Rückschritt für die gesamte Menschheit.

Es reicht: Stopp damit!

Die »Rettungspakete« der Regierungen in Deutschland und anderswo dienen dazu, den Neoliberalismus zu retten. Wir, die sozialen Bewegungen, sind nicht bereit, uns damit abzufinden. Wir sind entschlossen, gemeinsam mit den Opfern des neoliberalen Terrors und der so-

zialen Schande, vor allem zusammen mit den Gewerkschaften, dieser Politik den Kampf anzusagen. Wir werden die noch vorhandene Spaltung zwischen Sozialverbänden, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen überwinden. Die relevanten Interessen und Forderungen, die zusammengehören, können, in einer »Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde« gebündelt, eine politische Dynamik entfalten, die über den jeweils eigenen Horizont hinausreicht. Um diese Allianz aufzubauen, müssen wir unsere Differenzen, die bisher ein gemeinsames Agieren behinderten, überwinden.

Mindestlohn, Grundeinkommen und ArbeitFairTeilen gehören zusammen!

Die Forderung der Gewerkschaften für einen gesetzlichen Mindestlohn steht auf der politischen Agenda. Sie findet Unterstützung in der Gesellschaft. Nur fanatische Neoliberale sind nicht bereit, das geringste Zugeständnis zu machen, obwohl die Forderung dem System nicht einmal schadet. Es ist ein Gebot der Stunde, mit Gewerkschaften, Kirchen und sozialen Bewegungen eine offensive Kampagne zu organisieren. Die Forderung nach einem gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn ist ein erster und wichtiger Schritt. Um eine Allianz zu bilden, die über die Gewerkschaften hinaus verankert wird, muss der Kampf für den Mindestlohn als Teil einer sozial- und arbeitspolitischen Perspektive begriffen werden. Dies mindert Unsicherheit und Angst, welche wie ein Spaltpilz die Mobilisierung breiter gesellschaftlicher Schichten schwierig machen. Dazu gehören weitere Schritte zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit.

Wir sind überzeugt, dass eine Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde entstehen und die Gewerkschaften wieder in eine Position der Stärke führen kann. Diese Allianz erfordert, sich außer für Mindestlohn für weitere Ziele einzusetzen:

- Abschaffung des Hartz IV-Systems, weil es mit Schnüffelterror die Menschen erniedrigt, ihrer Würde beraubt und grundlegende Menschenrechte verletzt.
- Artikel 1 GG: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.«
- Einrichtung einer armutsfesten, bedarfsabhängigen und repressionsfreien Grundsicherung.
- Abschaffung der Massenarbeitslosigkeit durch faire Umverteilung der Arbeit.
- Vollständige Gleichstellung der Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen hinsichtlich der Bezahlung und Behandlung.

- Ein Grundeinkommen für selbst gewählte, gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten.

Zum Grundeinkommen gibt es sich ausschließende Positionen: einerseits ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle in Kombination mit Erwerbsarbeit. Diese Variante ist neoliberalen Gedankengut zuzuordnen, da es zum Ausbau des Niedriglohnsektors führt. Andererseits ein bedingungsloses Grundeinkommen, das mit einer Kritik der Erwerbsarbeit begründet wird: Die antikapitalistische Variante. Das neoliberale Modell steht für uns nicht zur Debatte. Die antikapitalistische Variante wird bei Attac und in der Gesellschaft partiell vertreten. Sie ist als eine Möglichkeit jenseits des Kapitalismus denkbar und reizvoll. Als die Erwerbsarbeit verneinende Variante ist sie für eine Allianz z.B. mit Gewerkschaften, die sich als Organisation der von Erwerbsarbeit Abhängigen verstehen, nicht geeignet. Voraussetzung für eine Allianz sind Vorschläge zum Grundeinkommen, die heute politisch und ökonomisch durchsetzbar sind. Sie dürfen zu den berechtigten Interessen derjenigen, die weiterhin Erwerbsarbeit leisten – und diese stellen die Mehrheit dar – nicht im Widerspruch stehen. Gleichzeitig sollen sie eine gebotene Option für die Menschen sein, die selbstbestimmte Arbeit, nicht aber Lohnerwerbsarbeit, leisten können oder wollen.

Deshalb plädieren wir erstens für ein bedarfsabhängiges und armutsfestes Grundeinkommen ohne Schnüffelei und demütigendes Einmischen in das Privatleben der Menschen anstelle des Hartz IV-Systems. Dieses Grundeinkommen entspricht den Interessen von Hartz IV-EmpfängerInnen ebenso wie derjenigen, die Erwerbsarbeit leisten. Wir schließen uns weitgehend der Memorandum-Gruppe an, die 2006 forderte: »die Sicherungslücke muss durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung geschlossen werden, die den Begünstigten – und das sind alle, die nicht oder in nicht ausreichendem Maße über sonstiges Einkommen verfügen – ein Leben frei von Armut und in Würde ermöglicht. ... schlagen wir die Einführung einer bedarfsabhängigen Grundsicherung in Höhe von 940 Euro (pro Haushaltsvorstand) vor ... Die Dynamisierung erfolgt automatisch durch die Orientierung an dem 60-Prozent-Kriterium der EU und ist somit als gesetzlicher Anspruch unabhängig von finanzpolitischen Erwägungen und ›Spar‹runden. ... Die Zumutbarkeitskriterien sollten gründlich revidiert werden und zur ›Verhinderung unterwertiger Beschäftigung‹ (Arbeitsförderungsgesetz von 1969) einen Einkommens-, Qualifikations- und regionalen Mobilitätsschutz umfassen. Mit einer solchen Regelung im Rahmen einer bedarfsabhängigen Grundsicherung ist der Zwang, jede Arbeit aufzunehmen, aufgehoben«. (vgl.: <http://www.memo.uni-bremen.de>).

Anders als die Memo-Gruppe wollen wir allerdings einen individuellen Anspruch auf Grundeinkommen ohne Verrechnung mit einem möglichen PartnerInneneinkommen. Wir wollen – weiter als die Memo-Gruppe – ein existenzsicherndes Grundeinkommen auch für Tätigkeiten eigener Wahl, die bei allen durch Akkreditierung anerkannten gemeinnützigen oder selbst verwalteten Einrichtungen geleistet werden. Mit dem Nachweis der gesellschaftlichen Nützlichkeit einer selbst bestimmten Tätigkeit würde der Grund für die Sorgen der gewerkschaftlichen Kritiker des Grundeinkommens entfallen. Dadurch entstünde ein Rechtsanspruch auf Tätigkeiten, die große Kreativitätspotenziale freisetzen und die gesellschaftliche Produktivität in geistigen, kulturellen und künstlerischen Bereichen erhöhen würden. Das käme der gesamten Gesellschaft zugute. Es würde ein neuer Sektor selbst verwalteter, selbst bestimmter Individuen bzw. freiwillig entstandener Gemeinschaftsbetriebe entstehen, die auf neue Weise nützliche materielle und immaterielle Güter hervorbringen.

Schließlich wird diese Entwicklung zur Einengung des kapitalistischen Sektors führen und der Kommerzialisierung wichtiger Lebensbereiche entgegenwirken. Mit diesem bescheidenen Rechtsanspruch würde ein geschützter Raum für alternative Arbeits- und Lebensmodelle geschaffen, der dem Allmachtsanspruch des Neoliberalismus nicht nur symbolisch entgegensteht. Eine freie und auf Kooperation ihrer Mitglieder beruhende Gesellschaft kann sich nur durchsetzen und Bestand haben, wenn Menschen die Möglichkeit haben, zwischen Alternativen zu wählen und die Überlegenheit der Alternativen erleben zu können.

Wir fordern die solidarische Umverteilung der Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit. Dringend steht angesichts der Krise eine Initiative für faire Umverteilung der Arbeit an, anknüpfend an die historische Entwicklung der Arbeitszeitverkürzung. Diese sollte immer dazu dienen, Menschen, die Erwerbsarbeit suchen, einen Arbeitsplatz zugänglich zu machen. Sie sollte dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Erwerbstätigen zu verbessern und ihnen die permanente Angst nehmen, durch Arbeitslosigkeit in Armut zu rutschen. Massenarbeitslosigkeit ist der größte soziale Skandal. Sie raubt Menschen die Existenzgrundlage und treibt sie in Armut.

Arbeitslosigkeit darf in einer demokratischen Gesellschaft nicht hingenommen werden, da sie Gewerkschaften als Gegenmacht zum Kapital schwächt, ihre Verhandlungsmacht reduziert, die abhängig Beschäftigten spaltet und so Rassismus und Ausländerfeindlichkeit fördert. Arbeitslosigkeit stellt eine permanente Gefahr für die Demokratie dar.

Massenarbeitslosigkeit resultiert aus rasanten Produktivitätssteigerungen bei gesättigten Märkten und begrenzten Wachstumspotenzialen bei materiellen Gütern. Die wachsende Produktivität ermöglicht die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen mit immer weniger Personal. Anstatt die frei gesetzte Arbeit für soziale Beziehungen, Kultur, Bildung und Partizipation zu nutzen, haben neoliberale Regierungen lieber die Massenarbeitslosigkeit hingenommen. So wurden und werden Produktivkräfte zu Destruktivkräften, weil Millionen Menschen der Zugang zu Erwerbsarbeit versperrt bleibt. Andere werden durch überlange Arbeitszeiten früh vernutzt. Auf Grund von Produktivitätssteigerung und begrenzten Wachstumsreserven in Produktionssektoren können Konjunkturspritzen die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Für das Jahr 2009 kommt hinzu, dass die gegenwärtige Krise zu einem Teil auf Überkapazitäten zurückzuführen ist, die, wie in der Autoindustrie, mit Entlassungen und Betriebsstilllegungen beseitigt werden. Viele Unternehmen führen Kurzarbeitsperioden ein: befristete Arbeitsverkürzung zu Lasten der Beschäftigten, der Steuerzahler und der Arbeitslosenversicherung. Zu großer Arbeitslosigkeit mit daraus entstehenden Konsequenzen gibt es nur eine solide Alternative: *generelle Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit*.

Eine demokratische und soziale Gesellschaft, die auf Erwerbsarbeit fundiert ist, braucht parallel zur Produktivitätssteigerung eine kontinuierliche Verkürzung der Arbeitszeit. Der Zusammenhang von Arbeitszeit, Gesundheit und Familie erfordert kürzere Arbeitszeiten zum Abbau von Stress, zur Vorbeugung gegen Krankheiten. Arbeitsumverteilung nutzt Partnerschaften, Kindern, Frauen und Männern – sie fördert Geschlechtergerechtigkeit. Menschen gewinnen Zeit zum Leben, Lieben und Lachen, sie gewinnen Zeit für Beziehungs- und Pflegearbeit, für Engagement in der Gemeinschaft, für sich selbst. Deshalb muss eine faire Arbeitsteilung eine mehrfache sein: Teilung der Erwerbsarbeit zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, Langzeitarbeitenden und unfreiwillig in Teilzeit und Minijobs Arbeitenden sowie Teilung der Haus- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern.

Arbeitszeitverkürzung ist ein emanzipatorisches Projekt, weil erst sie ein selbst bestimmtes Leben in Würde ermöglicht. Um dieses zu erreichen, ist Arbeitszeitverkürzung mit einer auf die Bedürfnisse der Beschäftigten bezogenen Flexibilität erforderlich. Dies gilt für die Verteilung der Arbeitszeit im Tages-, Wochen-, Monats-, Jahres- und Lebensrhythmus, der in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Bedürfnisse hervorbringt. Um die Fehler der Vergangenheit, vor allem steigende Arbeitsintensität, zu vermeiden, braucht eine Strate-

gie der kürzeren Arbeitszeiten eine Ergänzung durch Angebote in kulturellen Tätigkeiten, der Weiterbildung, des ehrenamtlichen Engagements und der Selbstverwirklichung. Das Projekt ArbeitFairTeilen ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die über Tarifverhandlungen hinaus die Zivilgesellschaft erfasst.

Die pro Kopf vorhandene Arbeit ist seit 1975 um fast ein Viertel zurückgegangen. Der sich darin ausdrückende Produktivitätsfortschritt muss durch Arbeitszeitverkürzung ausgeglichen werden, um die seit 1975 in offener und verdeckter Form aufgebaute Massenarbeitslosigkeit wieder abzubauen. Vollbeschäftigung wäre danach – zumindest rechnerisch – durch eine Gleichverteilung von Arbeit auf dem Niveau von 30 Wochenstunden wieder möglich. Erst eine solche Vollbeschäftigung neuen Typs schafft die Machtbalance zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, die nötig ist, um sicherzustellen, dass die volle Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsabhängigen in ihren Händen verbleibt, anstatt durch Unternehmer als »überschüssiges Kapital« in den Kreislauf des Finanzsektors zu Spekulationszwecken geschleust zu werden. Diese Machtbalance auf der Grundlage von guter Arbeit mit kürzeren Arbeitszeiten ist auch eine wichtige Bedingung, um soziale Zukunftsprojekte, wie Grundeinkommen und Mindestlöhne auf Dauer durchzusetzen.

Deshalb ist ArbeitFairTeilen ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von künftigen Finanzkrisen und zentraler Baustein der drei Projekte, die in Verbindung miteinander unterschiedliche Interessen und soziale Gruppen zusammenführen und die Fundamente einer »Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde« festigen.

Attac als Vorreiter einer »Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde«

Attac ist ein politisch aktiver Teil der Zivilgesellschaft. Attac ist durch den Pluralismus diverser gesellschaftlicher Strömungen mit sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Themen dafür prädestiniert, Themen grenzenübergreifend zu verbinden. Alle drei Projekte einer »Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde« sind in Attac verankert, sie müssen stärker als bisher zusammengeführt werden. Die Attac-Gruppen, die sich für Grundeinkommen, Mindestlohn und Arbeitsumfairteilung einsetzen, können einander davon überzeugen, dass diese sozialpolitischen Projekte sich ergänzen und eine Allianz dieser Ansätze zu einer neuen politischen Qualität führt. Das wäre ein wichtiger Schritt, um über Attac hinaus kritische Kräfte, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen, bildungs-, gesundheits- und frauenpolitisch Aktive für diese Allianz zu gewinnen. Das wäre auch die kraftvolle Gegenmacht zum Ne-

oliberalismus und seinen inhumanen Projekten wie Hartz IV, Arbeitszeitverlängerung und Niedriglohnsektor. Wir können die Erfahrungen aus den Kämpfen gegen EU-Dienstleistungs- und EU-Arbeitszeitrichtlinien und die sich bildenden Netzwerke nutzen.

Voraussetzung einer solchen Allianz ist es, sich erst auf das Grundsätzliche zu verständigen, die Details der Dynamik des Prozesses zu überlassen. Entscheidend sind Einsicht und Übereinstimmung, dass z.B. ein ausreichender Mindestlohn her muss. Die Höhe kann und soll mit den Gewerkschaften in einem zweiten Schritt in Abhängigkeit vom politischen Druck bestimmt werden. Ebenso wichtig ist, sich auf die mehrheitsfähige Variante des Grundeinkommens anstelle von Hartz IV und für selbst gewählte Tätigkeiten zu verständigen. Details und Modalitäten sollten in einem zweiten Schritt in Anlehnung an wissenschaftliche Vorarbeiten bestimmt werden. Schließlich muss eine Verständigung darüber erzielt werden, dass die *Umfair*teilung der Arbeit ein für die gesamte Gesellschaft historisch bedeutsames Projekt mit gesellschaftlichen und individuellen Chancen ist. Die Macht des Kapitals wird beschränkt, ein wachsender Teil der Menschen wird aus Zwängen der Kapitalakkumulation gelöst. Details über Umfang und Form des Lohnausgleiches, der Neukonzipierung der Lebensarbeitszeit werden der Dynamik des Prozesses überlassen. Wichtig ist, dass alle drei Bausteine als Plattform der Allianz diskutiert und bestimmt werden. Die Konzentration auf Eckpunkte der Triade Arbeit*Fair*Teilen, Mindestlohn und Ersetzung von Hartz IV durch ein existenzsicherndes und schnüffelndes Grundeinkommen als erster Schritt erleichtert die Konsensbildung, die erforderlich ist, um die Klärung der Details in einem dynamischen Suchprozess herbeizuführen, anstelle einer isoliert und aneinander vorbei geführten Diskussion der Modelle.

Die nächsten Schritte

- Diskussion und Abstimmung einer gemeinsamen Strategie innerhalb von Attac (Koordination der Attac-Gruppen, Präsentation des Projekts im Ko-Kreis/Attac-Rat).
- Beginn der Dialoge mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen und dem Projekt wohl gesonnenen Parteiströmungen.
- Eine oder mehrere pluralistisch zusammengesetzte Vorkonferenzen unter Beteiligung von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kultur- und Bildungseinrichtungen, sozial ausgerichteten Gesundheitszentren und Kirchen, Expertinnen aus Wissenschaft und Politik.
- Entwurf für ein gemeinsames Manifest.
- Sozialpolitischer Kongress mit Außenwirkung im Jahr 2010.

- Europapolitische Aktivitäten im Jahr 2010.
- Gemeinsame Aktionen, die mobilisierend und wahrnehmbar sind und die Entschlossenheit aller Beteiligten stärken und vor Augen führen.

Die historischen Erfahrungen zeigen, dass für die Durchsetzung wichtiger Forderungen, wie sie nun auf der politischen Agenda stehen, Demonstrationen allein nicht reichen. Es wird deshalb auch legitime Formen wie Streiks und Aktionen des zivilen Ungehorsams geben.